

men (zum Beispiel Ausbildung von dortigen Sicherheitskräften, sogenannte Ausrüstungshilfe, Exportgenehmigungen für Sicherheits- und Überwachungstechnik), obwohl die Bundeskanzlerin am 17. September 2019 bezüglich Waffenexporten feststellte, „[i]ch sehe im Augenblick keine Voraussetzung für eine veränderte Haltung der Bundesregierung“, und welche Maßnahmen deutscher sicherheitspolitischer Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien hat die Bundesregierung seit 2016 betrieben beziehungsweise unterstützt ([www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/ruestungsexporte-saudi-arabien-exportstopp-waffen-angela-merkel](http://www.zeit.de/politik/ausland/2019-09/ruestungsexporte-saudi-arabien-exportstopp-waffen-angela-merkel); [www.tagesspiegel.de/politik/trotz-angriff-auf-oelanlagen-merkel-will-weiter-keine-waffen-an-saudi-arabien-liefern/25023058.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/trotz-angriff-auf-oelanlagen-merkel-will-weiter-keine-waffen-an-saudi-arabien-liefern/25023058.html))?

**Antwort des Staatssekretärs Andreas Feicht  
vom 4. Oktober 2019**

Auf die Antworten der Bundesregierung auf die Schriftlichen Fragen 19, 22 und 23 der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic bzw. des Abgeordneten Omid Nouripour auf Bundestagsdrucksache 19/13254 wird verwiesen.

Zusätzlich gilt: Die Ruhensanordnungen für die Auslieferung genehmigter Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien werden über den 30. September 2019 hinaus um weitere sechs Monate bis zum 31. März 2020 verlängert.

Für den Zeitraum bis zum 31. März 2020 werden grundsätzlich auch keine Neuansträge für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien genehmigt.

Ebenso sind Exporte von Überwachungstechnik an saudi-arabische Sicherheitsbehörden grundsätzlich nicht genehmigungsfähig, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass die zu liefernden Güter zur inneren Repression oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden.

62. Abgeordneter  
**Andreas Bleck**  
(AfD)

Wie häufig wurden nach Kenntnis der Bundesregierung meldepflichtige Störungsfälle nach § 52 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) durch Betreiber von Energieversorgungsnetzen in Rheinland-Pfalz an die Bundesnetzagentur im Jahr 2018 gemeldet?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum  
vom 7. Oktober 2019**

Für das Berichtsjahr 2018 sind durch Betreiber von Energieversorgungsnetzen in Rheinland-Pfalz 3 487 Versorgungsunterbrechungen an die Bundesnetzagentur gemeldet worden. Dabei ist zu beachten, dass die genannte Anzahl nur näherungsweise deckungsgleich mit dem jeweiligen Bundesland ist. Da gemäß § 52 EnWG die Daten der Versorgungsunterbrechungen pro Netzbetreiber an die Bundesnetzagentur übermittelt werden, können die jeweiligen Versorgungsunterbrechungen nur dem je-

weiligen Netzgebiet des Netzbetreibers zugeordnet werden. Hat ein Netzbetreiber ein Netzgebiet, das sich in mehr als einem Bundesland befindet, werden die Versorgungsunterbrechungen dem Bundesland zugeordnet, in dem der Netzbetreiber seinen Firmensitz hat.

63. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe hat die Bundesregierung im Jahr 2019 Ausfuhrgenehmigungen (Einzel- wie Sammelgenehmigungen) zum aktuellsten Stichtag für Rüstungsexporte erteilt (bitte entsprechend den Gruppen der EU-, NATO und gleichgestellten Staaten und Drittländer auflisten; sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen und bitte jeweils die Zahlen für den Vorjahreszeitraum angeben), und welcher Genehmigungswert (Einzel- wie Sammelgenehmigungen) entfiel auf die jeweiligen zehn Hauptempfangsländer (sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen und bitte jeweils die Zahlen für den Vorjahreszeitraum angeben)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ulrich Nußbaum  
vom 8. Oktober 2019**

**Vorbemerkung**

Es liegen noch keine endgültigen Zahlen für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 30. September 2019 vor. Die derzeit vorliegenden Angaben können sich durch Fehlerkorrekturen oder Nachmeldungen noch verändern.

Da sich der Genehmigungswert einer Sammelausfuhrgenehmigung auf mehrere Empfänger in unterschiedlichen Ländern bezieht, ist es nicht möglich, die Genehmigungswerte einzelnen Ländern oder Länderkreisen zuzuordnen.

Bei der Bewertung der vorliegenden Zahlen ist folgender Tatbestand von besonderer Bedeutung: Im Rüstungsexportbericht wird bereits darauf hingewiesen, dass die Summe der Genehmigungswerte eines Berichtszeitraums allein kein tauglicher Gradmesser für eine bestimmte Rüstungsexportpolitik ist. Vielmehr sind die Art der Güter und der jeweilige Verwendungszweck bei der Bewertung zu berücksichtigen. Auch schwanken die Werte in den jeweiligen Berichtsperioden.

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen, des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung sowie die am 26. Juni 2019 in geschärfter Form verabschiedeten „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtech-